



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Januar.

Wenn man die Zeitungsblätter vom Januar 1868 mit denen vom Januar 1867 vergleicht, so könnte man glauben, die Welt habe zwölf Monate lang still gestanden, das abgelaufene Jahr zu keinerlei positiven Resultaten der großen Politik geführt. Gerade wie damals tauschen die Cabinette von Berlin und Paris Friedensversicherungen aus, ereifern die russischen officiösen und unabhängigen Blätter sich über die Nothwendigkeit entscheidender Schritte zur Lösung der orientalischen Frage, rüstet man in England gegen die Fenerumtriebe und verzehren die Italiener sich in Klagen über die Schwierigkeiten ihrer Lage, die mit innerer Nothwendigkeit zu einer Auseinandersetzung mit Rom drängt, die aus äußeren Gründen unmöglich ist. Der Entscheidung über die Gestaltung der Zukunft scheinen wir nicht näher gerückt, die Franzosen, Engländer und Türken auch nicht: die Aufrechterhaltung der militärischen und wirthschaftlichen Einheit Deutschlands kann kaum unter die Fortschritte registriert werden und dem Hauptresultat, der gesteigerten Waffenstärke des Vaterlandes steht eine beträchtliche Erhöhung der französischen Wehrkraft gegenüber. Zwar wird uns von allen Seiten versichert, die Reorganisation der napoleonischen Armee bedeute keinerlei Gefährdung des europäischen Friedens, sie biete vielmehr eine neue Bürgschaft für Erhaltung desselben — aber wir stehen immer noch am Main still und es gibt Leute, welche behaupten, wir würden nicht einmal dulden, daß die Badenser diesen Deutschen Kubikon überschreiten, ehe wir sie dazu eingeladen. Daß es die Rücksicht auf Frankreich ist, die diese Politik der Entfagung diktiert, braucht nicht erst gesagt zu werden; gerade wie im Januar 1867 wird uns auch heute wiederholt, der rechte Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, wir sollten warten, bis uns derselbe indicirt werde.

Aber können wir warten und was haben wir bei fortgesetzter Uebung in der Geduld zu gewinnen? Die Idee des unter Preußens Führung geeinigten Deutschlands hat schon seit geraumer Zeit im Süden keine neuen moralischen Eroberungen gemacht und wenn wir ehrlich sind, so müssen wir gestehen, daß solche vor der Hand nicht zu erwarten sind, ja, daß wir kaum in der Lage wären, von diesem Fortschritte Nutzen zu ziehen. Das Hauptgegengewicht gegen den Einfluß der verbündeten Particularisten und Radicalen des Südens bestand in der Furcht vor der Aufkündigung der Zollverträge, welche man für den Fall der fortgesetzten Feindschaft gegen Preußen zu gewärtigen hatte; seit dieses Gespenst gebannt und der Zutritt des Zollparlaments gesichert ist, läßt die große Masse derer, welche durch ihre materiellen Interessen an der Beschränkung auf eine nur bayrische oder schwäbische Politik behindert waren, die Dinge gehen, wie sie eben gehen. Selbst diesseits des Main sieht es wenig anders aus, wenn auch aus andern Gründen. Die volksthümliche Agitation verwendet ihre Kräfte entweder zur Treibjagd nach radicalen Hirngespinnsten oder sie legt die Hände in den Schooß; von der Regierung, die das große Werk begonnen, erwartet man, sie werde es auch zu Ende führen; das Vertrauen darauf, aus eigenen Kräften vorwärts zu kommen, ist — und zwar aus sehr nahe liegenden Gründen — verringert. Dazu kommen die peinlichen Wirkungen eines fast beispiellos ungünstigen Ernteausfalls, der in Ostpreußen zu einem Nothstande geführt hat, von dem es mindestens zweifelhaft ist, ob er seinem ganzen Umfange nach unvermeidlich war; was von freier Zeit und disponiblen Mitteln übrig ist, wird zur Erfüllung der dringendsten Forderungen der Humanität verwendet, die Theilnahme an den politischen Dingen von der an den socia-

len überwuchert. Spielen selbst die Kammerverhandlungen eine ungleich bescheidnere Rolle, als zu anderen Zeiten, so liegt auf der Hand, daß von weiter liegenden Dingen kaum die Rede ist.

Und doch dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, in welchem eine energische Aeußerung des Volkswillens über das Verhältniß zum Süden nothwendig sein wird. Ganz abgesehen davon, daß jede Stunde, welche der Particularismus an Zeit gewinnt, gegen uns ausgebeutet wird, macht die Rücksicht auf Baden die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes unmöglich. Dem badischen Volke wird auf die Länge kaum zugemuthet werden können, die Lasten eines Verhältnisses, von dessen Vortheilen es ausgeschlossen ist, gleichzeitig mit dem Druck einer Isolirung von den nächsten Nachbarn zu tragen, deren Ende nicht abzusehen ist. Soll eine Complication abgewartet werden, welche jede französische Einmischung in die deutschen Dinge unmöglich macht und der Ueberschreitung der Mainlinie den Charakter eines Wagnisses nimmt, so dürfte uns das Warten doch allzulang werden, so rasch es auch mit dem Prestige des Kaiserthums über die innern Parteien abwärts zu gehen scheint. Dazu kommt, daß die innern Zustände des norddeutschen Bundes gleichfalls unter der Ungewißheit über die Grenzen desselben leiden und seine ohnehin beschränkte Anziehungskraft mindern. Es liegt auf der Hand, daß die Präsidialmacht mit den verbündeten Regierungen um jeden Preis ein gutes Vernehmen aufrecht erhalten muß, solange die Entscheidung über den Süden noch nicht getroffen ist — der Preis aber, der für dieses Verhältniß gezahlt wird, kann unter Umständen ein ziemlich hoher werden. Die bloße Fortdauer von Zuständen, wie diejenigen in Mecklenburg-Schwerin, muß das Ansehen des Bundes schwächen, zumal bei denen, die unter diesen Zuständen zu leiden haben. Der alte Bund stütze sich auf das Interesse der Regierungen, der neue ausschließlich auf das der Völker. Ein günstiges kann dieses Verhältniß nur genannt werden, wenn die Völker, nicht nur die Regierungen bei gutem Muthen erhalten werden. Der gute Wille der Völker kann um so weniger entbehrt werden, als wir alle wissen, wie es mit dem der meisten Regierungen steht. Auch in dieser Beziehung ist es der Süden, oder vielmehr Frankreichs Auffassung unseres Verhältnisses zum Süden, welcher störend eingreift. Mögen wir hinblicken, wohin wir wollen, immer wieder ist es diese Rücksicht, welche uns hindernd in den Weg tritt. Warum können keine energischen Schritte gegen die russische Grenzsperrung geschehen, welche die Ostpreußen zum Hungertode verurtheilt? Die Rücksicht auf Frankreich zwingt uns zu Rücksichten gegen Rußland. Warum kann der Bund nicht energisch zu Gunsten der Regierten vorgehen, welche durch ihre Regierungen an dem Genuß der durch die Bundesverfassung gewährten Rechte verhindert werden? Aus Rücksicht auf den Süden, der noch nicht eingetreten ist. Warum bieten wir dem Süden nicht zum Eintritt die Hand? Aus Rücksicht auf Frankreich. Warum lassen wir Baden in der peinlichen Alternative, entweder uns entfremdet zu werden, oder von den Nachbarn, die einmal seine Nachbarn sind, isolirt zu werden? Aus Rücksicht auf Frankreich, das die durch Ueberschreitung des Main bewirkte Verstärkung unserer Wehrkraft als Herausforderung ansehen könnte. Und dieses selbe Frankreich erhöht die Schlagfertigkeit, ohne auf uns Rücksicht zu nehmen, die wir der Welt für den mächtigeren Theil gelten! — Die Geschichte der beiden letzten Monate hat bewiesen, daß die politische Windrose sich drehen kann, wie sie will, ohne daß uns dadurch geholfen wird. Ende November erschien ein Bruch zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich und daran, daß er vermieden wurde, hatte Preußen sicher einen Antheil. Nichtsdestoweniger blieb es mit der

Mainlinie beim Alten. Dann zogen sich die Wetterwolken am östlichen Himmel zusammen; Rußland erklärte ziemlich vernehmlich, daß es müde sei, seine türkischen Pläne durch Oestreich und Frankreich kreuzen zu lassen, daß es ihm rathsam erscheine, gemeinsam mit Preußen zugleich die deutsche und die orientalische Frage endgiltig zu beantworten. Aus der Bestürzung, welche diese Kundgebung hervorrief, hat man in Wien ebensowenig ein Hehl gemacht, wie in Paris — unsere Haltung aber blieb unverändert dieselbe. Der letzte Monat, das ist kaum mehr zweifelhaft, hat die Lage wiederum verändert. Oestreichs versöhnliche Sprache hat in Berlin Anklang gefunden, die Franzosen geben zu verstehen, daß die Gefahr einer russisch-preußischen Allianz in den Hintergrund getreten sei, in Petersburg glaubt man eine Schwenkung Preußens zu Oestreich und Frankreich bemerken zu können und wenn es im Orient bei dem Provisorium bleibt, von dem seit nahezu zwei Jahren gesagt wird, es sei unhaltbar, so hat Preußen sicher wieder Antheil daran. Nichtsdestoweniger stehen wir immer noch am Main und sind dieselben Rücksichten maßgebend, welche vor, während und nach der italienischen Krisis, vor, während und nach der Spannung über Serbien und Candia den Ausschlag gaben.

Wir haben dafür nur eine Erklärung: die preußische Regierung will, ehe sie den entscheidenden Schritt thut, zu demselben gedrängt sein, sie will die moralische Verantwortung für die etwaigen Folgen mit dem Volke theilen. Gerade der Umstand, daß diese Regierung im Sommer 1866 allein vorgegangen ist, kann als Argument für die Wichtigkeit, mindestens die Zulässigkeit dieser Annahme angeführt werden. Eine Nöthigung, wie sie in den damaligen Verhältnissen lag, waltet gegenwärtig nicht ob, man weiß aus frischer Erfahrung, was es mit einem großen Kriege auf sich hat, und daß die Wechselfälle eines solchen unberechenbar sind, endlich hat man im eigenen Hause alle Hände voll zu thun und Mühe genug, mit den zahllosen kleineren Schwierigkeiten, welche jeder neue Tag bringt, fertig zu werden. Aber all die Mittel, welche angewendet werden können, um diese Noth zu vermindern, die von den Unterthanen geforderten Opfer zu ermäßigen, die finanziellen Kräfte productiven Zwecken fruchtbar zu machen, — sie werden alle insgesammt erst flüssig, wenn die Ueberschreitung der Mainlinie gelehrt hat, wessen wir uns von den Franzosen zu gewärtigen haben. Auf diesen Punkt wird die nationale Partei, wird die Demokratie, — wenn es ihr anders mit den Wünschen für Verminderung der Militärlast Ernst ist, — ihre Aufmerksamkeit zu richten und dem Zusammentritt des Zollparlaments mit einem fertigen politischen Programm entgegenzutreten haben. Daß das Vertrauen des Volkes zur eigenen Initiative geschwunden, die Neigung zu Agitationen und Demonstrationen, wie sie in den Jahren 1864 und 1865 in Blüte standen, abgenommen hat, wissen wir wohl: aber um solche handelt es sich ja gegenwärtig nicht, sondern um ein greifbares, klar abgestecktes Ziel, das nicht durch Resolutionen und toastreiche Feste, sondern durch energischen Anschluß an die unausgesprochenen Wünsche der preußischen Regierung und durch einen moralischen Druck auf diese erreicht werden soll. Hüten wir uns davor, von einem Extrem in das andere zu fallen: vor 1866 sollte alles durch die Völker, nichts durch die preußische Regierung, vor allem nichts durch den Mann geschehen, von dem man doch wußte, daß er unverrückt auf das eine Ziel der preußischen Hegemonie hinsteuerte — seit 1866 erwartet man alles von diesem Manne, auch daß er selbst in die Schwierigkeiten eintrete, deren Ueberwindung wir sonst nur von der Energie volksthümlicher Agitation erwarteten.

Bis zum Zusammentritt des Zollparlaments sind noch nahezu zwei Monate. Was in den letzten Wochen geschehen, läßt wahrscheinlich erschei-

nen, daß wir für die nächste Zukunft freie Hand behalten werden, denn unsere Nachbarn sind sammt und sonders mit sich selbst beschäftigt. Die französische Regierung hat alle Hände voll zu thun, um die beschlossene Militärorganisation in Ausführung zu bringen und inzwischen Alles zu vermeiden, was die Volksaufregung schüren, der Freiheit ihrer Selbstbestimmung vorgeifen könnte. Der Eindruck, den das neue Gesetz auf die Bevölkerung gemacht hat, ist nach den Berichten der Präfecten, trotz der beträchtlichen parlamentarischen Mehrheit, welche demselben zustimmte, ein ungünstiger gewesen und die Anzeichen wachsenden Abfalls von der Regierung mehren sich; die bekannten Theaterspectafel, der Cravall vom Château d'eau, der Versuch der pariser Journalisten, den Fortbestand des Gesetzes über die Mittheilung der Kammerdebatten durch offenen Ungehorsam zu brechen, das Auftauchen geheimnißvoller revolutionärer Brandschriften sind einander binnen drei und einer halben Woche gefolgt. — In Oestreich sind die neuen Minister an die Arbeit gegangen, die ihrer schon so lange hart: die Zusammenstellung des Budgets, die Ausarbeitung neuer organischer Gesetze, der Zusammentritt der Deputationen haben den Festesjubel abgelöst, dem die Deutsch-Oestreicher sich hingegeben hatten. Rußland scheint zu einem definitiven Entschluß über die nächsten im Orient zu thuenen Schritte noch nicht gelangt zu sein; die officiösen Journale haben ihren kriegerischen Ton in einen friedlichen umgesetzt, aber die Stimmung ist nach wie vor eine kriegs-lustige geblieben und die reservirte Haltung Preußens hat nur dazu gedient, den Eifer jener großen Partei, welcher jedes Bündniß mit einem westeuropäischen Staat ein Gräuel ist, zu schüren. In Frankreich scheint man mit Sicherheit anzunehmen, Rußland werde in keinem Fall ohne preußischen Beistand einen entscheidenden Schritt unternehmen, schon weil die finanziellen Kräfte dieses Staats einen Krieg unmöglich machen. Die Richtigkeit dieser optimistischen Rechnung scheint uns mehr als zweifelhaft; wir wissen allerdings, daß Staaten durch Erschöpfung ihrer Finanzen an der Fortführung begonnener Kriege verhindert worden sind, — aber die Erfahrung lehrt auch, daß Kriege sehr häufig mit leerer Kasse unternommen worden sind und daß Staaten wie Individuen immer Geld übrig haben, wenn es sich um Befriedigung ihrer Neigungen handelt. Mindestens die Möglichkeit einer ernsthaften Verwicklung im Orient ist für das nächste Frühjahr offen geblieben und schon dieser Umstand kommt Preußen zu gut. Wie wir die Dinge ansehen, wird die Nation nicht umhin können, die Bewegung für Ueberschreitung der Mainlinie — und zwar die Ueberschreitung vom Süden her — in Fluß zu bringen. Was wir seit den letzten drei Monaten erlebt haben, beweist, daß eine Conjunction, die diesen Schritt völlig gefahrlos machte, undenkbar ist, und daß es an dem Volk ist, der preußischen Regierung einen Theil der Verantwortlichkeit für denselben abzunehmen. Daß der Zusammentritt des Zollparlaments nicht nur wirthschaftliche, sondern auch politische Wirkungen haben werde und haben müsse, ist von allen Seiten her anerkannt worden. Fassen wir diese rechtzeitig ins Auge, thun wir, was an uns ist, um dieselben durch freien Entschluß zu bestimmen, nicht bloß abzuwarten. Die Ereignisse von 1866 sind in mehr wie einem Sinne für die Lösung der deutschen Frage präjudicial gewesen: sie haben dieselbe nicht nur im preußischen Sinne entschieden, sondern zugleich gezeigt, daß die Resultate eines hundertjährigen Zerfetzungsprocesses nicht langsam und allmählich, sondern durch rasche, entscheidende Schläge zu hemmen, zu berichtigen und umzugestalten sind.

Verantwortliche Redacture: Gustav Freytag u. Julius Gardt.
Verlag von F. A. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.